

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.10.2014**

Sitzung Nr. 11 Ö **am Dienstag, 21. Oktober 2014**

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert Erwin-Peter Knopf Norbert

Back Udo

Dittmann Rouven Krenzke Marina

Geider Adolf Rehorst Tobias

Grün Klaus Ronellenfitsch Andrea

Runde Anneliese

Heger Rudi Schell Achim

Heger Roman Speckert Ferdinand

Thome Manuel

Vetter Theo

Weis Torsten

Protokollführer: Markus Zimmermann

Gäste: Peter Dietz, Werner Kleiber, Angelika Laux

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:30 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 09.10.2014 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 18 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlt entschuldigt: Gerhard Haffner, Andrea Heim, Michael Herling, Siegfried Köck

Es fehlen unentschuldigt: keine

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö **Tagesordnungspunkt: 1**
Bekanntgabe der am 30. September/07. Oktober/13. Oktober 2014
nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse.

Bürgermeister Dr. Eger gibt die in der Sitzung vom 30.09.14/07.10.14/13.10.14 nicht öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Personalangelegenheiten:
 - Beschlussfassung über die Umwandlung eines Arbeitsverhältnisses (Gemeindevollzugsdienst)
- Beschlussfassung über den Verkauf von Eigentumswohnungen sowie die Ablösung des Nießbrauchs (KWG)
- Personalangelegenheiten:
 - Beschlussfassung über Beförderungen
 - Beschlussfassung über unbefristete Einstellungen
- Beschlussfassung über den Erwerb von Teilflächen eines Gartengrundstücks
- Beabsichtigte Verbreiterung der Verlängerten Kronauer Straße:
 - Sachstandsinformation über die Grundstücksverhandlungen
 - Beschlussfassung über den Erwerb von Grundstücksflächen
- Beschlussfassung über die Ernennung eines Mitgliedes bei der Freiwilligen Feuerwehr St. Leon zum Ehrenmitglied (Manfred Bitz)
- Erweiterung Gewerbegebiet "Im Schiff II":
 - Sachstandsinformation, insb. zu Ansiedlungsgesuchen von Gewerbetreibenden
 - Beratung weiteres Vorgehen, insb. Beschlussfassung Weiterbearbeitung B-Planverfahren
- Vorberatung der Jahresrechnung 2013
- Vorberatung des Jahresabschlusses 2013 der Eigenbetriebe

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö **Tagesordnungspunkt: 2**
Bestellung von Urkundspersonen

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Frau Gemeinderätin Birgit Klemenz** und **Herr Gemeinderat Norbert Knopf** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö **Tagesordnungspunkt: 3**
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung

Ausführungen und Beschluss:

Frau Monika Hecker weist darauf hin, dass in einem der Zufahrtsbereiche beim Radweg zur Erholungsanlage der Abstand zweier dort angebrachter (weiß-roter) Bügel zu schmal sei, um die Stelle vernünftig passieren zu können.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.10.2014**

Bürgermeister Dr. Eger sagt dazu, man habe an einer Stelle am Ausgang des Wohngebietes dies bereits bereinigt und man werde auch diese Stelle kritisch betrachten.

Gemeinderat Tobias Rehorst stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Tagesordnungspunkt 6 möge von der Tagesordnung genommen und auf die nächste Sitzung gesetzt werden. Man habe bei einigen Anträgen Bedenken zur Ordnungsmäßigkeit derselben, insbesondere da bei diesen die Vergleichsangebote fehlten, welche sich der Gemeinderat gewünscht habe. Grundsätzlich stellt er in Aussicht, die vorliegenden Anträge unterstützen zu wollen.

Der Antrag wird mit einer Enthaltung vom Gemeinderat angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö

Tagesordnungspunkt:

4

Autobahn A5, 6-streifiger Ausbau AS Walldorf/ Wiesloch – AK Walldorf

Frühzeitige Sachstandsinformation durch das Regierungspräsidium Karlsruhe

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt vom Regierungspräsidium Karlsruhe den Referatsleiter der Planung Herrn Speer, dessen Stellvertreter Herr Zumkeller sowie zuständig für den Lärmschutz Frau Trachte und Frau Ahrens aus dem Bereich Ingenieurbau.

Bürgermeister Dr. Eger führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Die Vertreter des Regierungspräsidiums Karlsruhe stellen das Projekt Autobahnausbau anhand der beigefügten Präsentation vor.

Bürgermeister Dr. Eger stellt fest, die vorgestellte Maßnahme bewegt sich im Bereich einer Investitionssumme von ca. 140 Millionen Euro. Sie umfasst den Abriss und Neubau dreier Brücken und die Aufbringung einer neuen Fahrbahndecke sowie den Einsatz von Lärmschutzwänden. Daraus resultierend stellt sich für ihn die folgende Frage: Wenn in dem Abschnitt ohnehin alles neu gebaut wird, was würde alternativ eine Absenkung und Überdeckung in diesem Bereich auf einer Länge von ca. 600 m an zusätzlichen Mehrkosten verursachen? Eine solche Möglichkeit sei eine einmalige historische Chance, die man durchaus in Erwägung ziehen müsse.

Dazu sagt **Herr Speer**, der Bund habe kein Interesse am Neubau einer Autobahn, vielmehr geht es hier um ein Sanierungsprojekt. Die Kosten schätzt Herr Speer auf ca. 80.000 Euro pro laufendem Meter.

Bürgermeister Dr. Eger fasst zusammen, es sei somit also von Kosten in Höhe von ca. 48 Millionen bei dieser Alternative auszugehen.

Herr Speer meint, diese Zahlen seien grob geschätzt und darin seien auch noch keinerlei Erdarbeiten enthalten. Insofern werde es bei diesem Preis sicher nicht bleiben.

Bürgermeister Dr. Eger entgegnet, man dürfe auch nicht vergessen, die Kosten für die Lärmschutzwände (2,4 Millionen) dem entgegenzurechnen, da diese dann schließlich entfallen würden. Er möchte wissen, was denn ein Brückenersatzneubau kostete, denn schließlich wäre dies in der vorgestellten Maßnahme vorgesehen.

Herr Speer beziffert diese Kosten auf ca. 2.500 Euro pro Quadratmeter. Der Kostenrahmen für alle drei Brückenbauwerke könnte sich etwa im Bereich von 5 Millionen Euro bewegen.

Bürgermeister Dr. Eger hält die entstandene Diskussion zum Vergleich der Kosten beider Maßnahmen für durchaus angebracht. Auch aus der Bevölkerung käme genau die gleiche Fragestellung. Er möchte deshalb wissen, ob diese Alternativmaßnahme über GVFG-Mittel Aussicht auf eine Bezuschussung hätte.

Herr Speer geht davon eher nicht aus, weil er darin keine hoheitliche Maßnahme einer Gemeinde sehe.

Gemeinderat Theo Vetter stellt fest, bei der Maßnahme Ausbau der A5 entlang der L546 bis hin zum Walldorfer Kreuz könne er nicht erkennen, in welcher Form Lärmschutzmaßnahmen angedacht seien. Dies sei von entscheidender Bedeutung, da das Neubaugebiet des Ortsteils Rot genau in diesem Bereich liege. Darüber hinaus möchte er wissen, ob denn eine Straßendeckensanierung der A5 ab Höhe der L546 Richtung Süden vorgesehen sei.

Frau Trachte antwortet die Planung befände sich in einem so frühen Stadium, dass sie sich bislang nur auf die reine Straßenplanung erstrecke. Alle weitergehenden Untersuchungen würden erst noch folgen. Jedoch gäbe es eine Verpflichtung zur Lärmvorsorge, bei der die Grenzwerte niedriger ausfallen würden, als bei einer Lärmsanierung. Selbstverständlich habe die Tatsache, dass sich hier das Wohngebiet befände Einfluss auf genau diesen Sachverhalt.

Herr Speer ergänzt, die angefragte Deckensanierung bewege sich in dem bezeichneten südlichen Bereich.

Gemeinderat Rudi Heger glaubt, dass auch die Brücke am Feldscheunenweg betroffen sei. Auch diese müsse nach seiner Ansicht saniert und verbreitert werden. Also rede man gar über 4 und nicht nur über 3 Brücken. Er bittet somit den aufgeworfenen alternativen Gedanken des Bürgermeisters sehr realistisch abzu prüfen. **Gemeinderat Rudi Heger** stellt fest, im Vortrag sei gesagt worden, die Gemeinde habe sich an Kosten zu beteiligen und er möchte wissen, um welche Kosten es hier konkret gehe.

Zur Brücke am Feldscheunenweg antwortet **Herr Speer** die Annahme von Gemeinderat Rudi Heger sei so richtig.

Zur Kostenfrage antwortet **Frau Ahrens** dies sei für den Fall vorgesehen, in dem die Gemeinde eigene Wünsche geltend mache, wie z.B. den Verlauf von Geh- und Radwegen unter dem Unterführungsbauwerk.

Gemeinderat Achim Schell greift den gemachten Alternativvorschlag von Bürgermeister Dr. Eger auf und

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.10.2014

geht davon aus, dass dies die einzige Chance sei die Lärmproblematik vernünftig in den Griff zu bekommen. Dies sei vielleicht nicht die kostengünstigere, aber jedenfalls die Lösung, die er als richtiger ansieht. Er möchte von den Vertretern des Regierungspräsidiums, dass diese hierzu eine Kostenplanung zeitnah vorlegen.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt hier gäbe es schließlich auch noch einen Städtebaulichen Aspekt zu betrachten. Eine Lärmschutzmaßnahme, wie sie die Maßnahme seitens des Regierungspräsidiums vorsehe, trenne die beiden Ortsteile optisch stark voneinander ab.

Herr Speer hält die alternative Maßnahme für planerisch äußerst anspruchsvoll und schwierig. Schließlich seien hier deutlich mehr Aspekte einzubeziehen, als bei der ursprünglich angedachten Version, wie z.B. dass man auch gewisse Neigungswinkel zu beachten habe und es somit sicher nicht bei der bisher genannten Länge der Maßnahme von ca. 600 m bleiben würde. Wenn man den alternativen Weg tatsächlich gehen wolle, so müsse der nächste Schritt sein, dass der Bund die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme erst einmal abprüfe.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erwartet vom Regierungspräsidium einen Investitionsvergleich vorzunehmen, welcher sich transparent, zwischen den beiden nun besprochen alternativen Maßnahmen, gestaltet. Zur weiteren Abwägung sei dies als Zeichen der Transparenz unabdingbar. Zur Neugestaltung Walldorfer Kreuz fragt **Gemeinderat Ferdinand Speckert**, ob denn an dieser Stelle keine zusätzlichen Flächen benötigt würden, auf die man bei der Maßnahme zurückgreifen müsse, er geht davon aus, dass hier ein zusätzlicher Flächenbedarf entstehe. Er möchte gerne wissen, wieviel Quadratmeter der Gemarkung St. Leon- Rot davon tangiert seien. Speziell im Vergleich zur Gemarkung Walldorf.

Herr Zumkeller antwortet man versuche an der Stelle den Flächenbedarf so gering wie möglich zu halten. Durch die zweistufigen außenliegenden Rampen, an den Ringen des Kreuzes werde dies aber nicht ohne zusätzlichen Flächenbedarf zu realisieren sein. Über die exakte Ausgestaltung am Walldorfer Kreuz müsse man sich aber noch detailliert Gedanken machen. Möglicherweise könnte durch das Verlegen der Rampen nach innen noch etwas Flächenbedarf eingespart werden. Durch den 6-streifigen Ausbau der Autobahn an sich, sei mit einer Verbreiterung von ca. 3,50 m je Fahrtrichtung zu rechnen. Sicher werde an manchen Stellen auch mit Stützwänden gearbeitet werden müssen. All diese weiteren Fachplanungen müssten aber erst noch genauer beleuchtet werden, sagt **Herr Zumkeller**.

Gemeinderat Ferdinand Speckert stellt fest, dass der betroffene Bereich der Auf- und Abfahrten an der A6 die Wohnbebauung in Rot Nord tangiere. Hinzu käme die Neugestaltung der Bauwerke durch die Höherlegung im Kernbereich des Autobahnkreuzes. Er müsse von einer starken Zunahme von Lärm- sowie Abgasen ausgehen, insbesondere durch den Westwind. Hierzu fehlten ihm Ausführungen, über die Maßnahme entstehende Dauerbelastung an Emissionen. Ohne verlässliche Angaben über Lärmschutzmaßnahmen auf der anderen Seite sei dies für die Bevölkerung so nicht hinnehmbar.

Herr Speer antwortet, er könne diese gestellten Fragen zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten, da die erforderlichen Gutachten noch nicht vorlägen. Man habe einfach nur zu diesem frühen Zeitpunkt Gremien und Bevölkerung schon einmal im vorab über die Projekte informieren wollen.

Gemeinderätin Marina Krenzke wünscht sich bei der nächsten Vorstellung einen visuellen Vergleich zwischen Alt- und Neuzustand am Walldorfer Kreuz, was den Flächenbedarf ausmacht. Wenn die 3 Brücken neu gebaut würden, so möchte sie, dass diese dann sowohl breiter als auch höher ausfallen. Insbesondere an der L546 sei die derzeitige Brücke für den Fahrradverkehr eher weniger geeignet.

Gemeinderat Theo Vetter fragt nach der Möglichkeit einer Ausfahrt von der A5 auf die L546. Er verspricht sich hiervon eine größere Verkehrsentslastung. Weiterhin regt er an, dass man die Möglichkeit der Verwendung eines Flüsterasphalts prüfen solle, dort wo dann künftig neuer Fahrbahnbelag aufgebracht werde.

Herr Speer meint dazu, es sei ein Belag vorgesehen, der mit -2dBA in die Berechnung einfließen werde. Zur Frage der Autobahnausfahrt sagt Herr Speer der Bund sei sehr respektiv im Genehmigungsverhalten neuer Autobahnausfahrten, damit sei sicher nicht zu rechnen. Der Bund sei im Übrigen nicht zuständig dafür kommunale Probleme zu lösen. Hinzu kämen die Nähe zum Autobahnkreuz, sodass hier vermutlich die erforderlichen Mindestabstände zwischen Autobahnausfahrten gar nicht eingehalten werden würden.

Bürgermeister Dr. Eger hält den Vorschlag mit der zusätzlichen Autobahnausfahrt nicht für zielführend und sieht darüber hinaus sogar zusätzliche Verkehre, die den Ort dann möglicherweise als „Schleichweg“ nutzen könnten.

Gemeinderat Achim Schell bittet darum die beiden Maßnahmen nicht als einzelne, sondern als Gesamtmaßnahme zu betrachten und er geht davon aus, wenn dies so geschehe, dann solle die geforderte Alternative von Bürgermeister Dr. Eger und Gemeinderat hier die Priorität in der Umsetzung einnehmen.

Gemeinderat Adolf Geider hält es für fraglich, ob es möglich sein wird den Feldscheunenweg zu verbreitern. Dies könnte daran scheitern, dass die dort vorhandene Brücke nicht genügend Durchfahrts Höhe erreiche. Insofern meine er, das Gelände an der Stelle gehöre tiefergelegt. Dies solle man bitte frühzeitig bedenken.

Gemeinderat Tobias Rehorst fragt, ob es nicht Sinn mache einen noch in der Zukunft liegenden, jedoch zu erwartenden 8-spurigen Ausbau der Autobahn aus heutiger Sicht schon in die gedankliche Planung miteinzubeziehen.

Richtig sei, so sagt **Herr Speer**, diese Maßnahme zwischen Walldorf und Karlsruhe sei im sogenannten weiteren Bedarf untergebracht. Das heißt sie sei nicht finanziert und derzeit auch nicht geplant. Er gehe auch nicht davon aus, dass diese Maßnahme im nächsten Plan in den vordringlichen Bedarf rücken werde.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.10.2014**

Bürgermeister Dr. Eger fasst zusammen, die Gemeinde fordere eine Kostenschätzung für die diskutierte Alternativmaßnahme. Dies wolle er den Vertretern des Regierungspräsidiums auf den Weg zur weiteren Bearbeitung mitgeben.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Das Regierungspräsidium wird beauftragt eine begrenzte Absenkung in einem Teilabschnitt im Bereich der 3 zu erneuernden Brücken dem Gemeinderat mit einer entsprechenden Kostenanalyse vorzulegen.

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö

Tagesordnungspunkt: 5

Lärmaktionsplan für die Gemeinde St. Leon-Rot

Hier: Beteiligungsverfahren

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Dr. Gericke.

Herr Werner Kleiber führt in den Sachverhalt ein.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass im Rahmen der Beteiligung öffentlicher Belange der Verkehrsverbund sehr kritische Äußerungen bzgl. der Machbarkeit der Flüssigkeit im ÖPNV gemacht habe. Hier hätte der VRN Schwierigkeiten mit der künftigen Taktung gesehen. Das Büro Modus Consult war nach Abwägung dieser Einwendung zu dem Schluss gekommen, diese müsse im Sinne der Gesamtbetrachtung zurückstehen.

Gemeinderat Theo Vetter signalisiert Zustimmung zur Vorlage für seine Fraktion und bittet bei Punkt 2 um die Aufnahme, „gemäß der Lärmaktionsplanung“, in den Beschlussvorschlag. Folgende Frage stellt sich ihm aber noch: Warum könne die Lärmaktionsplanung nur in dem Bereich bis zur Sandgasse und nicht bis zur Franz-Antoni-Straße vollzogen werden? Aus den Unterlagen sei ersichtlich, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h nur im Teilabschnitt Marktstraße ab Kreuzung Reilinger Straße sowie Sandgasse bis zur Roter Straße in Aussicht gestellt werde.

Dr. Gericke sagt dazu, der Unterschied zwischen der Lärmaktionsplanung und der Beantragung der Geschwindigkeitsreduzierung sei darin zu sehen, dass eine Lärmaktionsplanung in der Regel höhere Forderungen enthalte bzw. enthalten müsse als von behördlicher Seite dann letztendlich im Ergebnis angeordnet werde. Die behördliche Prüfung würde Gebäude-genau im Detail vollzogen und dort wo der Schwellenwert von 70 dB am Tag bzw. 60 dB in der Nacht nicht erreicht werde, werde es nicht mehr möglich sein, dass man aufgrund von Lärm eine Anordnung zur Geschwindigkeitsreduzierung erhält. Die Lärmaktionsplanung sei insofern die Aufstellung von Betroffenheit sowie aufzuzeigen, was man theoretisch tun könnte. Von daher gesehen, könne man davon ausgehen, dass die von Gemeinderat Theo Vetter genannten Bereiche nicht anerkannt würden und in diesen somit auch mit keiner Geschwindigkeitsreduzierung zu rechnen sei.

Gemeinderat Rudi Heger gibt zu bedenken, dass man die Anliegen seitens des Verkehrsverbundes bzgl. des ÖPNV nicht auf die „leichte Schulter“ nehmen dürfe. Nicht ausreichend gewürdigt zeigt sich für ihn die Situation in der Kirrlacher Straße. Er halte das Ausmaß des Lärms dort für kaum zumutbar. Insgesamt signalisiert er Zustimmung zur Vorlage.

Gemeinderat Roman Heger befürchtet bei einer weitgehenden Reduzierung auf Tempo 30 eine gewisse erhöhte Staugefahr im Ort. Vielleicht gäbe es bessere Alternativen zur Lärmreduzierung, als die reine Geschwindigkeitsreduzierung.

Dr. Gericke meint dazu, die höchste Durchfahrtsdichte durch eine Ortschaft werde bei Tempo 30 erreicht. Die Menge verändere sich bei Tempo 50 nicht wirklich. Vielmehr vergrößere sich hingegen lediglich der Abstand zwischen den einzelnen fahrenden Fahrzeugen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert stört in der Priorisierung der Präsentation die Einordnung der Lärmschutzwand auf der Ostseite als nur mittelfristig. Er sieht hier eine deutlich höhere Dringlichkeit dieser Maßnahme. Insgesamt signalisiert er Zustimmung zur Vorlage.

Dr. Gericke führt aus, beide Lärmschutzwände, Ost- und Westseite stünden in der gleichen Prioritätsstufe. Mit dieser Mittelfristigkeit meine er einen Zeitraum von ca. 3-5 Jahren.

Gemeinderat Norbert Knopf meint, dass zu wenig der Anregungen aus der Präsentation letztendlich in Maßnahmen einfließen würden. Als weitere Maßnahmen stellt er sich vor:

- Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 im Ortsteil St. Leon
- Tempo 30 im Ortsteil Rot in die Planung, unter Einbeziehung des Mehrweges der Buslinie 705 im ÖPNV,aufnehmen
- Übernahme der Kosten durch die Gemeinde, bei allen anstehenden Sanierungsmaßnahmen für einen lärmindernden Fahrbahn Belag, aufnehmen
- Lärmschutzfensterförderprogramm
- Lärmschutzberatungsstelle
- Optische Fahrbahnreduzierung z. B. durch Radschutzstreifen
- Verstetigung von Verkehr
- Öffentlichkeitsarbeit z. B. durch Mobilitätsberatungsstelle, Car- Sharing und die Ausstattung des Gemeindefuhrparks mit E-Cars.

Er wünscht sich, dass diese genannten Maßnahmen in die Lärmaktionsplanung mitaufgenommen werden.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.10.2014**

Dr. Gericke antwortet darauf, die aufgeführten Themen seien mit aufgenommen worden, weil es alles grundsätzlich denkbare Dinge seien. Die meisten jedoch ließen sich ohne weiteres gar nicht umsetzen, da sie häufig Kreis- und Landesstraßen tangierten. Hervor hebt er, dass z.B. die von dort eingesetzten Beläge in der heutigen Zeit bereits eine sehr gute Qualität hätten. Alles darüber hinausgehende habe sich entweder noch gar nicht durchgesetzt oder sei zum Teil heute noch gar nicht zugelassen. Sind die Lärmsanierungsgrenzwerte an einzelnen Gebäuden überschritten, so gäbe es hierfür bereits heute die entsprechenden Förderprogramme seitens des Landes. Die gemeindlichen Straßen halte er ohnehin hierfür nicht genügend belastet. Das gesetzte Ziel 60 dB in der Nacht und 70 dB am Tag erreiche man mit den, in der Präsentation empfohlenen, Maßnahmen vollständig.

Bürgermeister Dr. Eger hält die Vorschläge von Gemeinderat Norbert Knopf im Grunde für sinnvoll, sie seien aber mit der personellen Ausstattung der Gemeindeverwaltung nicht darstellbar.

Herr Werner Kleiber ergänzt, es habe Anfang der 2000er ein Lärmschutzprogramm bereits gegeben. Seitens des Regierungspräsidiums für Autobahnwohner. Die Nachfrage war seinerzeit jedoch sehr überschaubar gewesen. Der Aufwand für ein kommunales Lärmschutzprogramm sei unverhältnismäßig, insbesondere unter Berücksichtigung, dass man auf kommunalen Straßen derzeit eigentlich gar keine Überschreitungen des Lärms mehr habe feststellen können.

Gemeinderat Torsten Weis kann nicht verstehen, dass keine Anwohner in der Reilinger Straße von Lärm betroffen sein sollen. Er bittet darum, dass der Beschlussvorschlag unter Punkt 2 in diesem Bereich bis zur Franz-Antoni-Straße erweitert werde.

Gemeinderat Adolf Geider wünscht sich im gesamten Ortsteil Rot die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30km/h. Außerdem solle man die Ampel an der Kirche im Ortsteil Rot abschalten.

Bürgermeister Dr. Eger sagt dazu, der Gemeinderat habe die Lärmaktionsplanung im April 2014 bereits beschlossen. Heute gehe es um das weitere Verfahren, insbesondere um die Anhörung der Träger öffentlicher Belange, sowie um die Beratung, wie nun letztendlich mit der Lärmaktionsplanung weiter verfahren werden solle.

Gemeinderat Roman Heger wünscht sich praktische Beispiele für einzelne dB-Werte.

Gemeinderat Norbert Knopf hält es für angebracht, wenn in der Gemeinde das Thema Lärm einen gewissen Stellenwert einnehme, dann auch neue Personalstellen hierfür zu schaffen.

Bürgermeister Dr. Eger kann sich vorstellen, die Maßnahme lärmmindernde Beläge noch nachträglich in den Maßnahmenkatalog der Lärmaktionsplanung mit aufzunehmen.

Gemeinderat Klaus Grün fragt nach den vorhandenen und zu erwarteten Abgaswerten. Hierüber habe er am heutigen Abend noch nichts gehört.

Dr. Gericke kann dazu grundsätzlich sagen, die wesentlichen Aspekte für erhöhte Abgaswerte seien Stau sowie „Stop and Go“ Verkehr. Bei einer Reduzierung von 50 km/h auf 30 km/h sei bei flüssigem Verkehr weniger Abgasaufkommen zu erwarten. Bei häufigem An- und Abfahren durch Straßenbaumaßnahmen sei dies allerdings nicht mehr gegeben. Insofern spricht er sich gegen Tempo 30-Zonen (rechts vor links Regelungen) aus.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. **Der Zwischenbericht der Lärmaktionsplanung der Gemeinde St. Leon-Rot vom April 2014 wird als Lärmaktionsplan beschlossen.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die in Aussicht gestellte ganztägige Geschwindigkeitsbegrenzung auf der L 546 im o.g. Bereich beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis Straßenverkehrsamt zu beantragen.**
3. **Künftig sollen generell lärmmindernde Beläge eingesetzt werden.**

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö **Tagesordnungspunkt: 6**

Zuschussanträge

- VfB St. Leon – Umbaumaßnahme in Steh-/Sitzplatztribüne
- Tennisclub St. Leon – Einzäunung des Boule-Platzes sowie Herstellung einer Unterstell- und Gerätehütte
- Kolpingsfamilie St. Leon – Anschaffung von elektronischen Präsentationsgeräten
- DLRG St. Leon – Bezuschussung neuer Einsatzkleidung

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö **Tagesordnungspunkt: 7**

Verschiedenes;

- Sanierung „Ortskern III“ in St. Leon und „Ortskern IV“ in Rot**
- Sachstandsbericht
- Aufstockungsantrag

Ausführungen und Beschluss:

Herr Werner Kleiber informiert über die Sanierung in den Ortskernen.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.10.2014

Zum Thema Zuwendungen durch das Land Baden-Württemberg sagt er, die Gemeinde habe 2011 die erste Zusage in Höhe von 600.000 Euro Zuwendung, dann 2013 bereits eine erste Erhöhung mit weiteren 600.000 Euro bekommen.

Für 2014 habe man eine zweite Erhöhung erhalten, in Höhe von 1.000.000 Euro, somit sei die Gemeinde jetzt gut aufgestellt, was die Sanierung anbelange.

Man habe zwischenzeitlich 50 private Sanierungsvorhaben am Laufen mit einer Förderhöhe von etwa 1.000.000 Euro. Bei der 30 %-igen Förderung bedeute dies, dass durch die Sanierung Investitionen im privaten Bereich von ca. 4.000.000 Euro angestoßen seien. Die Gemeinde selbst habe Mittel in Höhe von ca. 1,7 Millionen derzeit bereits verbaut, sodass auch der Aufstockungsantrag entsprechend zu rechtfertigen sei.

Sitzung am: Dienstag, 21. Oktober 2014 Nr. 11 Ö
Wünsche und Anfragen

Tagesordnungspunkt: 8

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Tobias Rehorst stellt folgenden Antrag.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Tobias Rehorst** wird gemäß §31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen.

Sehr geehrter Herr Dr. Eger,

der Gemeinderat möge entscheiden, den Bürgermeister dazu zu beauftragen, in Verhandlung mit den katholischen Kirchengemeinden St. Leo und St. Mauritius (bzw. der Seelsorgeeinheit Walldorf-St. Leon-Rot) darauf hinzuwirken, dass die Besetzung des Kindergartenkuratoriums neu bestimmt wird. Dabei sollten alle Fraktionen im Gremium vertreten sein.

Begründung:

Bedingt durch Neuausrichtung des Gemeinderats nach den Wahlen am 25.05.2014 sind nun mehr Fraktionen als zuvor vertreten. In der Satzung des Kindergartenkuratoriums sind allerdings nur 3 politische Vertreter zugelassen. Im Gemeindehaushalt haben wir die hohe Summe von ca. 6 Millionen Euro für diesen Bereich zu verantworten und sind der Meinung, dass alle Fraktionen vertreten sein sollten, weil die Bedeutung der Kinderbetreuung, als kommunale Aufgabe, in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist und weiterhin steigt. Wir bitten daher die Verwaltung, mit dem Träger die Änderung der Satzung auf 5 Vertreter zu vollziehen. Wir halten dieses Vorgehen für sinnvoll, und bitten um Unterstützung unseres Antrags im Gemeinderat. Die Fraktion der Freien Wähler bittet Sie, den gestellten Antrag bald dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Gemeinderat Theo Vetter stellt folgenden Antrag.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Theo Vetter** wird gemäß §31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen.

Sehr geehrter Herr Dr. Eger,

die Fraktion der Freien Wähler stellt hiermit den Antrag, die Verkehrsampel an der Kreuzung Walldorfer-/Hauptstraße mit sofortiger Wirkung abzuschalten und zu entfernen. Gleichzeitig sollen Fußgänger-Überwege an der Walldorfer Straße, zwischen Schuhhaus Back und Kirche, an der Hauptstraße zwischen ehem. Metzgerei Speckert und Schuhhaus Back (alternativ in Höhe der Sparkasse) und beim Gasthaus „Löwen“ eingerichtet werden. Falls möglich kann auch die derzeit bestehende Mittelinsel erhalten bleiben.

Begründung: Die Umgehungsstraße von Rot, ist nunmehr seit mehr als 6 Jahren eröffnet. Der Verkehr im Ortsteil Rot hat sich zu früher relativ normalisiert. Die Querung der Straßen ist für den Fußgänger bei der Ampelanlage zeitaufwändiger als bei einem Fußgängerüberweg. Der Autoverkehr wird zeitweise mehr als erforderlich durch die Ampelanlage angehalten, was zu teilweise langen, unnötigen Rückstaus führt. Außerdem werden dadurch mehr Schadstoffe verursacht. Beim wieder Anfahren entsteht zudem noch mehr Lärm.

Die Fraktion der Freien Wähler bittet Sie, den gestellten Antrag bald dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Gemeinderat Roman Heger möchte gerne wissen, ob bei den unterschiedlichen Straßentiefbaumaßnahmen nicht eine bessere Koordination zwischen den einzelnen Aufgabenträgern möglich sei.

Die Gemeinde tue hier schon ihr Möglichstes antwortet **Herr Werner Kleiber**, beispielsweise das Abfragen von Versorgungslücken. Das präventive Verlegen von Rohren und Leitungen würden jedoch nur die wenigsten Hausbesitzer wahrnehmen.

Gemeinderat Norbert Knopf wünscht sich einen Beitritt der Gemeinde zur sogenannten Metropolbibliothek.

Gemeinderätin Marina Krenzke fehlt ein Ausblick auf St. Leon-Rot 2030 sowie ein „roter Faden“, an dem man den Weg dorthin erkennen könne und ihr fehlten die ganzheitlichen Entscheidungen.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert an die Finanzplanung, welche zumindest eine Vorausschau der angedachten Projekte für die jeweils kommenden 5 Jahr biete. Im Übrigen sei in 2015 wieder eine entsprechende Klausurtagung mit dem Gemeinderat vorgesehen, bei dem man Prioritäten für die unterschiedlichen Maßnahmen festlegen könne. Häufig zeige sich in der Praxis allerdings auch, dass gemachte Pläne von höheren Stellen auch wieder ganz schnell über den Haufen geworfen werden können, als Beispiel führt er die Schulreformen zu Schulformen an oder auch die Forderungen bei der Kleinkindbetreuung.

Bürgermeister Dr. Eger schließt die öffentliche Sitzung um 21:35 Uhr. -/-